OST-WEST-Informationen

Alternativ-sozialistisches Osteuropakomitee Graz

Vierteljahresschrift Nr. 1/98 Mai 98, 10. Jg. S 40,-, DM 6,-, sFr 5,-

MAI 1998

Arm und krank

Gesundheitswesen im Osten

Dossier: Automobilarbeiter Gewerkschaften in Rußland

INHALT

10. Jahrgang 1/98

3
Zurück nach Europa – zurück zu Bismarck?
von Hans-Ulrich Deppe und Stjepan Oreskovic

13
Drohungen statt Präventionsprogrammen
von Michael Hahn

16
Ärzte ohne Grenzen – die ersten die kommen, die letzten die gehen

17
Chronische Mängel
von Viktória Kocsis und Edith Remak

23
Zwölf Minuten Zeit
von Anschela Antonova

DOSSIER:
I
Mit „Partnerschaft" aus der Krise?
von David Mandel

27
Allmächtiger Mammon und kranke Menschen
von Julian Bartosz

31
Der kranke Riese
von Franz Kumpl

36
Krankes Gesundheitswesen
von Janko Sekaj

39
Zersetzung durch die Mafia
von Vuk Stamboliviæ

43
Durch die Transformation zum Chaos
von Ivan David

47
Rezensionen

49
Chronologie

Titelbild: photo oikoumene

Mit „Partnerschaft“ aus der Krise?

von David Mandel

■ Die traditionelle Gewerkschaft der Automobilarbeiter Rußlands sieht in der Zusammenarbeit mit dem Management die zentrale Chance, die tiefe Krise der Automobilindustrie zu bewältigen. Sie verwendet weit mehr Energie, um das Management dazu zu bewegen, an der „Partnerschaft“ teilzunehmen als dafür, Belegschaften in Entscheidungen einzubinden und die eigenen Funktionäre zu schulen. Sie ist auch bereit, auf „radikale Kampfmaßnahmen“ zu verzichten... ■

David Mandel ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität in Montreal/Quebec und forscht über die Arbeiterbewegung in der ehemaligen Sowjetunion. Er ist Herausgeber der Jahresschrift The Former State Socialist World, die bei Black Rose Books erscheint.

In Rußland gingen das Bruttosozialprodukt und die Industrieproduktion in den vergangenen sechs Jahren dramatisch zurück. Ende 1996 betrugen das BSP 58 Prozent und der industrielle Output 51 Prozent des Standes von 1990 und blieben auf diesem Niveau in den ersten fünf Monaten 1997 stabil. In diesen Monaten sanken jedoch die Kapitalinvestitionen verglichen mit derselben Periode des Vorjahres um acht Prozent. Zu Jahresende 1997 betrug das Volumen der Kapitalinvestitionen lediglich 25 Prozent seines Wertes von 1991[1].

Seit Beginn der „Reformen“ veränderte sich die Industriestruktur Rußlands in steigendem Ausmaß hin zur Produktion von Primärgütern und Halbfabrikaten, von denen ein Großteil in den Export geht. Der Output in der metallverarbeitenden und der Maschinenindustrie fiel um 64 Prozent seit 1990 (ebenfalls stabil in den ersten fünf Monaten 1997). Die folgende Tabelle wurde von Mitgliedern der Automobilarbeitergewerkschaft errechnet und zeigt den Output der Schlüsselprodukte 1996 (in Prozent der Leistung von 1990):

Traktoren	6%
Mähdrescher	9,4% (1995)
LKW	20,4%
PKW	78,7%
Straßenbahnwaggons	14,7%

In den ersten fünf Monaten des Jahres 1997 war in der Auto- und LKW-Produktion ein Aufschwung von 13 bzw. 8 Prozent zu verzeichnen, die Produktion landwirtschaftlicher Maschinen ging jedoch kontinuierlich zurück (bei Traktoren um 13 Prozent, bei Mähdreschern um über 50 Prozent[2]).

Personenwagen, leichte LKW und Kleinbusse sind die einzigen Lichtblicke. Trotz der allgemeinen Verarmung der Bevölkerung wuchs das Aufkommen der Personenwagen auf den Straßen beträchtlich. Zwischen 1990 und 1996 stieg die Anzahl der PKW pro 1.000 EinwohnerInnen um 58 Prozent; in Moskau und St. Petersburg, wo sich die „neuen Russen“ konzentrieren, verdoppelte sich sogar ihre Zahl[3]. Trotz dieser Nachfrage nach Autos und des Zoll- und Steueraufkommens für Konkurrenzmodelle aus dem Ausland konnte die Autofabrik Moskvich nur Dank der Intervention der Moskauer Regierung gerade noch vor dem Konkurs gerettet werden. Die Fabrik VAZ in Togliatti, die 1996 siebzig Prozent aller russischen LKW (das sind 600.000) herstellte, war ebenfalls vom Zusperren bedroht und führt nach wie vor die Liste der Steuerschuldner an. Ihre Schulden betragen fast eine halbe Milliarde US-Dollar[4].

„VAZ“ (mit 100.000 Arbeitern in der Fabrik in Togliatti) und die „GAZ“-LKW- und Automobilfabrik, ein anderer Riese in Nizhnyj Novgorod, sind die einzigen Firmen, die keine Arbeitskräfte entlassen mußten und mit der gesamten Kapazität arbeiten. Den relativen Erfolg von GAZ verdankt das Unternehmen vor allem der GAZelle, einem LKW, der seit zwei Jahren produziert wird. Ohne heimischen Konkurrenten erfreut sich dieser LKW starker Nachfrage bei den neuen Kleinunternehmen. Der Generaldirektor von GAZ, Pugin, wird oft als „Unternehmerdirektor der neuen Art“ gepriesen; seine Beziehungen als letzter Sowjetminister für Automobilindustrie sind für seinen Erfolg möglicherweise aber ausschlaggebender als sein unternehmerisches Talent. GAZ produziert auch den Mittelklassewagen „Wolga“, den sogar einige „neue Russen“ wegen seiner Zuverlässigkeit und soliden Bauweise schätzen. Kürzlich ließ Jelzin über seinen Vizepremier, den früheren Gouverneur der Provinz Nizhnyj Novgorod, Boris Nemcov, anordnen, daß Staatsangestellte ihre Mercedes und Volvos gegen Wolgas tauschen sollen. Pugin selbst besitzt einen BMW, den er als „gutes, kleines Auto“ bezeichnet.

Das größte Montageband bei Moskvich, dem zweitgrößten Autoproduzenten (jährliche Produktion 120.000 Stück) war 1996 weniger als sieben Tage in Betrieb. Die Autos haben in Sachen Qualität einen katastrophal schlechten Ruf. Die Moskauer Stadtregierung erwarb einen 60-Prozent-Anteil und garantierte damit für die Bankkredite. Die Firma plant, 1997 unter Verwendung von Renaultmotoren 40.000 Autos herzustellen.

Am Niedergang im LKW-Sektor sind neben dem dramatischen Nachfragerückgang, den hohen Steuern, dem Mangel an finanzierbaren Krediten, der hohe Preis für Energie und Rohstoffe schuld. „KAMAZ", ehemals der weltweit größte LKW-Hersteller mit einem jährlichen Output von 150.000 LKW, produzierte 1996 lediglich 20.000 Stück. 1996 sah sich das Unternehmen ebenfalls vom Zusperren bedroht, konnte aber von der tatarischen Regionalregierung, die einen 40-Prozent-Anteil erwarb und für die meisten Schulden gerade stand, gerettet werden. Möglicherweise geht es dank der Aufträge aus dem Primärgütersektor und durch Exporte in den kommenden Jahren wieder bergauf. Kürzlich wurde die Motorenfabrik, die vor vier Jahren abbrannte, mit japanischen Krediten neu aufgebaut und modernisiert. Die LKW-Produktion bei GAZ gilt als verlorene Sache und kann nur dank der Erträge aus den GAZelle- und Wolga-Verkäufen weitergeführt werden. ZIL, Moskaus großer LKW-Hersteller, produzierte im vergangenen Jahr lediglich fünf Stück und wurde ebenfalls von der Moskauer Regierung durch Aufkauf vor dem Bankrott gerettet. ZIL entwickelte einen ähnlichen Lieferwagen wie die GAZelle, der Betrieb ist jedoch derart schwer verschuldet, daß sein Überleben weiterhin sehr in Frage steht.

Der landwirtschaftliche Maschinensektor steht wegen des Zusammenbruchs des Marktes in Rußland und dem Rest der früheren UdSSR am Rande des Untergangs. Die Bauern haben keine Einkünfte oder keinen Zugang zu Krediten, mit denen sie neue Maschinen, die sie dringend brauchen würden, kaufen könnten. Ein Großteil der Produktion steht in den Lagern. Trotz der brachliegenden Kapazitäten akzeptierte die russische Regierung für den Erwerb landwirtschaftlicher Maschinen einen großen Kredit der Weltbank unter der Bedingung, daß die Geräte von John Deere hergestellt werden. (Dasselbe war in der Ukraine der Fall). Ähnliches passierte beim russischen Gasmonopol Gazprom: Es akzeptierte Kredite der US-amerikanischen Regierung zum Kauf von Industrietraktoren, die von Caterpillar bezogen werden müssen.[5]

Ausländische Direktinvestitionen

Ausländische Autoproduzenten begannen, am neuen russischen Automarkt, der auf eine Million Neuerwerbungen pro Jahr geschätzt wird, Interesse zu zeigen. Ein Joint venture zwischen General Motors und EIAZ (die jüngst fertigstellte Firma in Elabug ist in Besitz der Tatarischen Regierung) begann die Montage mit brasilianischen Teilen, die Ende 1997 von dort importiert wurden. Das Unternehmen wird heuer 10.000 Stück produzieren; geplant ist, die Produktion bis zum Jahr 2000 auf 55.000 zu erhöhen. Das südkoreanische Unternehmen Kia Motors unterzeichnete einen Vertrag, 30.000 Autos in einem umgewandelten Schiffbauunternehmen in Kaliningrad zu montieren und dabei eventuell auch die Produktion in Rußland durchzuführen. Ein Ende 1998 geschlossenes Joint venture zwischen GM, VAZ und Valmet (Finnland) wird in der Nähe der finnischen Grenze unter Verwendung importierter Teile 30.000 bis 50.000 Opel Astra jährlich zusammenbauen. Diese Vereinbarung könnte auch die Produktion von Einzelteilen nach Rußland ziehen. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte das produzierte Modell sogar von einem der drei Montagebänder von VAZ hergestellt werden (jährliche Kapazität 250.000 Autos und 375.000 Motoren; aber es ist noch unklar, ob dieser Teil des Vertrages hält). UralAZ ging ein Joint venture mit der Fiat-Motorenproduktion und Gazprom ein, um Traktoren zu produzieren. In Aussicht genommen ist eine Produktionskapazität von 10.000 Stück jährlich. Renault überlegt ernsthaft ein Joint venture mit Moskvich, bislang besteht lediglich eine Vereinbarung, Motoren unter Verwendung von französischen Motoren- und Ausstattungsteilen zu bauen. Caterpillar hat ein kleines Joint venture mit Kirov in St. Petersburg laufen, wo Schaufeln für Bulldozer hergestellt werden, die anderswo in Europa montiert werden. Ford, dessen bislang einzige Investition auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR in Weißrußland besteht, hat ebenfalls Interesse an einer Fertigungsanlage geäußert, um Fiesta- und Taunus-Modelle zu bauen.

Die Gewerkschaften verfügen über keine Analysen über die Auswirkungen von Direktinvestionen. Das schwache heimische Invesitionsaufkommen und der fortgesetzte Abbau von Arbeitsplätzen haben dazu geführt, daß die Gewerkschaft den multinationalen Firmen grundsätzlich positiv gegenübersteht. Manchmal werden Zweifel geäußert, aber die vorherrschende Meinung lautet, daß durch ausländische Investitionen Arbeitsplätze geschaffen werden.

Beschäftigung

Mit Ausnahme von VAZ und GAZ haben praktisch alle Unternehmen unter schweren Arbeitsplatzverlusten zu leiden. Die Beschäftigung in der gesamten metallverarbeitenden Industrie und im Maschinenbau betrug Ende 1995 nur 68,1 Prozent des Standes von 1991. In diesen vier Jahren war die Produktion bereits auf lediglich 40 Prozent von 1991 abgesunken[6]. Die Gründe für diese Disparität liegen darin, daß die Regierung und die Betriebsleitung bestrebt waren, permanente Massenentlassungen zu verhindern. Bis Ende 1995 waren die meisten Entlassenen „Freiwillige" – Arbeiter verließen den Betrieb, weil sie nicht genug verdienten, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können und suchten anderweitig nach Beschäftigung. Weiters wurden verkürzte Wochenarbeitszeiten eingeführt, wobei die Zeit, in denen die Produktion stillstand, nur gering oder gar nicht entlohnt wurde. Seit 1996 wurden permanente Entlassungen jedoch zunehmend üblich.

Ende Mai 1997 waren 9,6 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung in Rußland arbeitslos und aktiv arbeitssuchend; 7,5 Prozent leisteten Kurzarbeit (in der metallverarbeitenden Industrie und im Maschinenbau betrug diese Zahl 25 Prozent). 3,3 Prozent der arbeitswilligen Bevölkerung haben 1996 jede Hoffnung aufgegeben, Arbeit zu finden, und durchschnittlich 4,5 Prozent waren unfreiwillig entlassen worden (16 Prozent in der metallverarbeitenden Industrie und im Maschinenbau). Versteckte Arbeitslosigkeit nimmt auch jene Form an, daß Arbeiter den gesamten Tag an ihrem Arbeitsplatz verbringen, dafür aber Löhne beziehen, die unter dem Existenzminimum liegen, weil ihre Arbeitszeiten zu gering sind (Die meisten Industriearbeiter beziehen Stücklohn). Im Mai 1996 bezogen sechs Prozent dieser Angestellten in großen oder mittleren Unternehmen ein Drittel des Existenzminimums oder weniger. Eine Studie, die all diese Faktoren einbezog, schätzte die reale Arbeitslosigkeit im Juli 1996 auf 22 Prozent. Diese Angaben wurden vom russischen Premierminister bestätigt, vom Arbeitsminister jedoch zurückgewiesen[7].

Löhne und Einkommen

Das durchschnittlich zur Verfügung stehende Einkommen fiel seit 1991 um 42 Prozent. Wenn man die eingeschränkten Sozialleistungen in Betracht zieht, sank das Realeinkommen noch beträchtlicher[8]. Vom Internationalen Währungsfonds gefordert, startete die russische Regierung jüngst eine Offensive gegen das letzte wichtige Element des Soziallohns: die billigen Mieten und

kommunalen Dienstleistungen, die teilweise den Rückgang der Geldeinkommen kompensiert hatten. Ein Ausgleich für die Bedürftigen wurde versprochen, wie dieser Ausgleich aber angesichts dessen, daß die Mehrheit der Bevölkerung bereits unter der Armutsgrenze lebt, aussehen kann, bleibt offen.

Gegenwärtig werden 50,2 Prozent des durchschnittlichen Familieneinkommens für Lebensmittel aufgewendet, trotzdem ist der Kalorienverbrauch der Arbeiter in den vergangenen sechs Jahren beträchtlich gesunken. Verglichen mit 1991 sank der Konsum von Fleisch- und Wurstwaren bis 1996 pro Kopf um 26 Prozent, von Fisch um 28 Prozent, von Milch und Milchprodukten um 32 Prozent und von Früchten und Gemüse um 17 Prozent[9]. Der Verbrauch von Brot und Kartoffeln stieg, aber nur leicht. Diese Zahlen sind Durchschnittswerte – immer muß mitbedacht werden, daß die 20 Prozent der Spitzenverdiener 43,2 Prozent der gesamten Einkommen beziehen (1996)[10].

Die Durchschnittslöhne in der Automobil- und landwirtschaftlichen Maschinenproduktion bewegen sich leicht (ca. 12 Prozent) oberhalb des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts, liegen aber beträchtlich unter (ca. 25 Prozent) den Durchschnittslöhnen in der Industrie. Die Löhne im Automobilsektor liegen ungefähr 1,8 mal über dem „offiziellen Existenzminimum" für eine erwachsene Person und betragen ungefähr drei Viertel des realistischeren, von der Gewerkschaft errechneten Existenzminimums. Der durchschnittliche Verdienst im landwirtschaftlichen Maschinenbausektor beträgt wiederum zwei Drittel desjenigen im Automobilsektor[11]. Alle diese Angaben unterstellen, daß die Löhne regulär ausbezahlt werden, was aber nur selten der Fall ist. Die Zahlungsverzögerungen betragen bis zu fünf Monate.

Die folgende Tabelle vergleicht die erforderlichen Arbeitsstunden, die kanadische, russische, ukrainische und weißrussische Automobilarbeiter aufwenden müssen, um bestimmte Güter oder Dienstleistungen kaufen zu können. Sie gibt damit einen Einblick in die Kaufkraft der Reallöhne *(siehe Tabelle)*.

Viele Arbeiter bessern ihr Einkommen mit Gemüseanbau im eigenen Garten auf. Dies erfordert viele Stunden Arbeit und Reisen in der warmen Jahreszeit. Eine kleinere Anzahl von Arbeitern verfügt über Zweitbeschäftigungen (Autoreparaturen, Kleinhandel etc.).

	Kanada	Rußland	Ukraine	Weißrußland
Brot (kg)	6,5min	34min	1h 36min	26min
Fleisch (kg)	20min	88min	5h 13min	3h 54min
Milch (l)	2,5min	43min	1h 25min	23min
Männer-schuhe	3h 4,5min	59h 26min	86h 9min	48h 27min
Mittelklasse-wagen	746h 9min	5.560h 22min	21.100h 55min	9.706h
Einkommens-steuer	87h 30min	249h 36min	121h 80min	3h 19min
Stundenlohn (Single)		US$ 1.06	US$ 0.29	US$ 0.53

(Pokupatel'naya sposobnost' rabotschich avotomobilostroenija, TIE-Moskau, 1997.)

Die „traditionelle" Gewerkschaft

Die Automobilarbeitergewerkschaft in Rußland besitzt heute etwa eine Million Mitglieder (zu Beginn des Jahres 1995 wurden 1.327.921 Mitglieder gezählt). Drei Viertel davon arbeiten im Automobil-, der Rest im landwirtschaftlichen Maschinenbausektor. In Betrieben, wo die Gewerkschaft existiert (und das ist beinahe überall in den genannten Sektoren der Fall, ausgenommen einer kleinen Anzahl von Betrieben, in denen Gewerkschaften nicht zugelassen sind oder die der neu geschaffenen vereinigten Maschinenbaugewerkschaft beigetreten sind) gehören 92 Prozent der Arbeiter der Gewerkschaft an[12]. Der Rest sind Nichtmitglieder oder sie gehören einer der kleinen, alternativen Gewerkschaften an.

Die Automobilgewerkschaft teilt ihre organisatorischen Probleme mit allen anderen „traditionellen" Gewerkschaften: extreme Dezentralisierung, Geldmangel auf regionaler und besonders auf nationaler Ebene, nur schwach ausgebildete Solidarität. Diese Situation ist laufend Thema bei nationalen Treffen. Nachbesserungen der Statuten und Resolutionen wurden zur Verbesserung der Lage verabschiedet, zeigten aber in der Realität wenig Wirkung. Bei den Gewerkschaftsführern auf Betriebsebene besteht ein offensichtlicher Mangel an Motivation und Wille, besonders in den großen Betrieben (VAZ, KAMAZ und GAZ zusammen verfügen zusammen ungefähr über ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder), wo doch gerade deren Unterstützung für eine Veränderung der Situation maßgeblich wäre. Die Funktionäre jener Betriebe, denen es relativ gut geht oder deren Größe ihnen politische Macht verleiht, haben kein Interesse daran, ihre Macht und ihre Ressourcen mit der nationalen Gewerkschaft – also mit schwächeren und weniger prosperierenden Betrieben – zu teilen. Diese Haltung war auch mit ein Grund dafür, daß der Kongreß 1996 den Vorschlag der nationalen Führung zurückwies, sich mit den anderen Maschinenbaugewerkschaften zu vereinigen (neun Teilorganisationen traten dem Bündnis bei, die Automobilarbeiter- und die Elektrizitätsarbeitergewerkschaft blieben draußen).

Gemäß der nationalen Statuten der Gewerkschaft sind Entscheidungen auf höherer Ebene bindend für die unteren Gremien. Dies wird aber in der Realität nicht eingehalten. Viele lokale Gewerkschaften kommen ihrer Verpflichtung nicht nach, Geldmittel an die regionalen Komitees abzuführen; die regionalen Komitees wiederum verweigern der nationalen Ebene die Zahlungen, die ohnehin nur den lächerlichen Anteil von zwei bis drei Prozent ausmachen (VAZ zahlt trotz relativ hoher Löhne und großer Produktionskapazitäten überhaupt nicht).

Viele lokale Gewerkschaften bemühen sich nicht einmal, dem nationalen Büro regelmäßig Bericht zu erstatten, auf Anfragen zu antworten oder Vorschläge seitens der nationalen Leitung zu diskutieren. Die landesweite Zeitung hat eine Auflage von nur 4.000 Stück, weil die nationale Gewerkschaft die lokale Ebene nicht davon überzeugen kann, das Blatt zu abonnieren und zu verteilen. All dies engt die Möglichkeiten für Informationsaustausch und Diskussion innerhalb der Gewerkschaften natürlich enorm ein.

Infolge von Ressourcenmangel und der schwach ausgebildeten Solidarität ist die Gewerkschaft nicht in der Lage, geeinte und branchenweite Antworten auf die allgemeinen Probleme zu entwickeln. Aber nur solche Antworten hätten eine Chance, gehört zu werden. Betriebe, denen es relativ gut geht, beteiligen sich nur in geringem Ausmaß – wenn überhaupt – an politischen Aktionen, die von der nationalen Gewerkschaft vorgeschlagen werden.

Eine dynamischere und konfliktfreudigere nationale Führung wäre vielleicht beim Aufbau von Solidarität größerer Erfolg beschieden. So aber scheint die nationale Führung die Einstellung der meisten lokalen Funktionäre treu widerzuspiegeln. Auf allen Ebenen der Gewerkschaft gibt es breite Unterstützung für das Konzept der „Sozialpartnerschaft". Dieser Begriff ist vielschichtig besetzt, meint aber in diesem Zusammenhang die Praxis, Arbeiter und ihre lokalen Gewerkschaften enger an das Management zu binden. Dies bildet ein wichtigeres Ziel, als die Bindungskraft der Arbeiter untereinander zu erhöhen.

Einerseits bezieht sich der Begriff „Sozialpartnerschaft" einfach auf die Aushandlung von Kollektivverträgen, und zwar entweder in einem Unternehmen, auf sektoraler Ebene in Form von Drei-Parteien-Vereinbarungen (Staat-Arbeitgeber-Gewerkschaft) oder auf Landesebene mit der Gewerkschaftsföderation. Tatsächlich aber bedeuten diese Vereinbarungen weit mehr als eine technische Verfahrensweise zur Konfliktregelung zwischen den beteiligten Parteien. Seitens der Gewerkschaft gibt es manchmal Lippenbekenntnisse für die Notwendigkeit, Stärke zu demonstrieren, um als Partner akzeptiert zu werden. Gleichzeitig wird die Alternative zur „Sozialpartnerschaft" beständig als „Klassenkrieg" diffamiert. Zum Beispiel wurde in der Mai-Ausgabe der Gewerkschaftszeitung (1997) ein Artikel, der von einer Konferenz über „Sozialpartnerschaft" berichtete, mit „Klassenfriede ist besser als Klassenkonflikt" übertitelt.

Mit anderen Worten: Es gibt eine starke Tendenz, „Partnerschaft" als Wundermittel zu sehen, das die grundlegenden Widersprüche zwischen den Arbeitern, Unternehmern und freien Gewerkschaften aufhebt und die Gewerkschaftsfunktionäre von der Notwendigkeit entläßt, ihre Mitglieder zu mobilisieren und Konfrontationen mit der Betriebsleitung zu wagen. Die breite Unterstützung für das Konzept der „Partnerschaft" ist gleichzeitig eine Prolongierung des Korporatismus der „guten alten Zeit", der in Gewerkschaftskreisen stark idealisiert zu werden scheint. Diese Verklärung der Sowjetperiode als eine Zeit, „in der wir stark waren", ist eine auf allen Ebenen weit verbreitete Meinung. Dabei ist „Partnerschaft" nicht mehr als eine „modernisierte" Variante der alten paternalistischen Beziehungen, adaptiert an die neue wirtschaftliche und politische Realität.

Das Beispiel GAZ ist bloß ein extremer Fall für das Festhalten der lokalen Gewerkschaftsführung an dem Modell der „Partnerschaft". Von einem Journalisten der Gewerkschaftszeitung befragt, ob er irgendeine fortschrittliche Perspektive für die Gewerkschaftsarbeit sehe, antwortete ein Komiteepräsident, daß Fortschritt kein Wort sei, das auf Gewerkschaften angewendet werden könne:

„Einige würden die Gewerkschaft gerne auf einer Seite und die Verwaltung auf der anderen Seite sehen. Vielleicht ist das fortschrittlich und modern. Aber Gott sei Dank ist das nicht in unserer Fabrik der Fall. Wir leben hier wie eine Familie; wir sind alle voneinander abhängig. Wenn es der Firma gut geht, geht es auch ihrer Gewerkschaftsorganisation gut: Sie kann mehr Leute auf bezahlten Urlaub schicken, ihnen materielle Hilfe zukommen lassen, etc. ... Wir sind ein Kollektiv und das beinhaltet die Betriebsleitung und Verwaltung, die Gewerkschaftsführer und die Arbeiter."

Auf Initiative des Direktors hat die Gewerkschaft sogar den sogenannten „sozialistischen Arbeiterwettbewerb" wieder zum Leben erweckt. Jeden Monat werden alle Abteilungen und Zweigstellen hinsichtlich Produktivität und Qualität überprüft. Die besten Einheiten erhalten einen Bonus, Vergünstigungen oder Prämien[13].

Die gesamtrussische Konferenz der Maschinenbauer vom 4. Juni 1997 war ein schlagendes Beispiel für die Anpassungshaltung der Gewerkschaft. Dieser Kongreß, der führende Gewerkschafter aus Betrieben, den Regionen und der Republik sowie Betriebsdirektoren versammelte, wurde auf Initiative der drei Maschinenbaugewerkschaften organisiert, um Maßnahmen und gemeinsame Aktionen zur Lösung der sektoralen Krise zu diskutieren. Diese gemeinsame Strategie war für die Gewerkschaften keineswegs neu: Bereits im Dezember 1995 kandidierte die FNPR (Föderation Unabhängiger Handelsgewerkschaften) mit Unterstützung der meisten Gewerkschaften, inklusive der Automobilarbeiter, bei den Parlamentswahlen auf einer Bündnisliste mit einer Unternehmerorganisation. Die Liste erzielte weniger als ein Prozent der Stimmen, das genügte aber offensichtlich nicht, um diese Strategie hinlänglich zu diskreditieren.

Auf der Konferenz unterzog Redner um Redner die Regierungspolitik einer vernichtenden Kritik. Eine Resolution, die ohne substantielle Debatte angenommen wurde, schlug eine Liste von Notmaßnahmen vor: Schutz für heimische Produzenten, Steuererleichterungen für Betriebe, Zugang zu Krediten, Maßnahmen gegen die Wirtschaftskriminalität, verpflichtende Auszahlung von Löhnen. Die Resolution endete mit einem Aufruf an die „Arbeiterkollektive" (ein aus der Sowjetzeit stammender Begriff, der alle Angestellten inklusive die Betriebsleitung umfaßt), zusammenzuhalten und den Text zu unterstützen, „der die legitimen Rechte und Interessen der Angestellten des Sektors verteidigt". Und weiter: „Gleichzeitig sind die Stärkung von Disziplin, ein Anstieg der Arbeitsproduktivität, der sparsame Umgang mit Ressourcen und eine Reduktion der Produktionskosten wichtige Faktoren, um der Krise entgegenzuwirken." Falls doch jemand der Meinung war, daß Arbeiter und Management unterschiedliche Interessen haben, wurde dies zumindest nicht laut geäußert.

Eine zweite Resolution begann damit, die drei Maschinenbaugewerkschaften als „Partner der Betriebsleitung und seiner Arbeiter" darzustellen und schlug vor, daß Manager Bedingungen schaffen sollten; die Arbeit der Gewerkschaften gesetzlich zu erleichtern, insbesondere durch einen automatischen Abzug der Mitgliedsbeiträge. Obwohl auch diese Resolution ohne Gegenstimme angenommen wurde, entstand an zwei Punkten eine rege Diskussion. In einem Absatz wurde gefordert, die „Anstrengungen" des Managements um das Überleben des Sektors mit dem „Kampf" der Gewerkschaften für Rechte und Interessen der Arbeiter zu verknüpfen. Ein Direktor meinte, daß die Verbindung von „Anstrengungen" und „Kampf" ungeschickt wäre. Nach langer Diskussion wurde das Wort „Kampf" schließlich durch „Anstrengung" ersetzt.

Ein anderer Punkt, der Schluß der Resolution, provozierte ebenfalls harte Auseinandersetzungen: „Bei der Lösung von sozialen Konflikten fordern die Teilnehmer dieser Konferenz alle Parteien auf, nichts zu unternehmen, was radikale Kampf-

methoden wie Streik und Formen zivilen Ungehorsams provozieren könnte." Ein oder zwei Gewerkschaftsmitglieder widersprachen, aber die Mehrheit votierte dafür, diesen Schlußsatz als solchen zu belassen.

Das Konzept der „Partnerschaft" bleibt aber nicht auf die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern beschränkt. Es betrifft auch den Staat. Der möglicherweise wichtigste Aspekt der Konferenz war, daß die Frage, wie Druck auf die Regierung ausgeübt werden könne – damit die Forderungen der Konferenz angenommen werden –, völlig aus den Diskussionen ausgeklammert blieb. Dieses Schweigen gab der Konferenz etwas Unwirkliches. Lediglich ein Redner, ein gewöhnlicher Metallarbeiter aus Brjansk (eine der wenigen Regionen, wo Metallarbeiter aktiv geworden sind), der es geschafft hatte, in die Duma gewählt zu werden, brachte ein bißchen Realität in die Veranstaltung als er meinte, daß die Direktoren keine politische Kraft darstellen, um den Sektor zu retten. Er wies zwar die Kooperation zwischen Gewerkschaft und Management nicht zurück, forderte aber die Versammlung auf, ihren Forderungen mit einem Generalstreik im November Nachdruck zu verleihen, dessen Ziel es sein sollte, die Regierung zu stürzen. Seine Rede provozierte allerdings kaum Reaktionen, die Mehrheit der Redner optierte dafür, zwar die Regierungspolitik zu verurteilen, jedoch keinen aktiven Protest folgen zu lassen.

Beide angenommenen Resolutionen appellierten an die Direktoren, nationale Unternehmerorganisationen zu gründen. Nach der Konferenz kamen die Direktoren zusammen, um diese Angelegenheit zu diskutieren und möglicherweise darüber bereits eine Entscheidung zu treffen[14].

Warum unternehmen die Gewerkschaften so viele Anstrengungen, daß sich die Unternehmer organisieren? Ein Hintergrund dieses Ansinnens ist der Wunsch, sektorale Vereinbarungen abschließen zu können, die für die Direktoren bindend sind. Voraussetzung dafür ist allerdings die Bildung einer Unternehmerassoziation, deren Entscheidungen für die einzelnen Mitglieder bindend sind. Gegenwärtig hat lediglich die Hälfte der Betriebsdirektoren das staatliche Komitee für Maschinenbau autorisiert, das sektorale Tarifabkommen, das Minimumstandards vorsieht, zu unterzeichnen[15].

Ein anderer Grund liegt in der Verklärung von „Partnerschaft", die verspricht, die Probleme der Gewerkschaft zu lösen und zwar ohne das Management und den Staat herausfordern zu müssen und ohne den mühevollen Weg der Mitgliedermobilisierung und der Demokratisierung der Strukturen gehen zu müssen.

Wie oben erwähnt, ist die Automobilarbeitergewerkschaft derzeit nicht in der Lage, als geeinte Organisation aufzutreten (deshalb schwanken die Löhne für dieselbe Arbeit sogar innerhalb einzelner Betriebe!) und die Leitung und die Regierung zwingen zu können, ihren Forderungen nachzugeben. Statt aber alle Anstrengungen und Ressourcen darauf zu verwenden, diesen Zustand zu verändern, versucht sie, das Management zu organisieren und es dazu zu bewegen, an der „Partnerschaft" mitzuarbeiten. Im Gegenzug verspricht die Gewerkschaft sogar, „auf radikale Kampfmaßnahmen" zu verzichten.

Die politische Strategie der Gewerkschaften ist ähnlich: Die Rhetorik gegen die Regierung ist zwar härter, aber praktisch zahnlos und konfliktvermeidend. Wenn die Drohung der „sozialen Explosion" strapaziert wird, ist vorauszusehen, daß solche Aufstände in der Zukunft weder von der Gewerkschaft initiiert noch angeführt werden. Die „soziale Explosion" wird vielmehr spontan und *trotz* der gewerkschaftlichen Anstrengungen stattfinden.

Gewerkschaftsführer bezeichnen sich selbst oft als „Puffer" zwischen Management und Staat einerseits und den Arbeitern auf der anderen Seite. Deshalb sind kluge Manager und Politiker an starken Gewerkschaften und einer Partnerschaft mit ihnen interessiert. Ein Beispiel: Der Brief der Präsidenten der sieben größten Auto- und LKW-Gewerkschaften an Jelzin und Tschernomyrdin vom September 1996 listete eine Reihe von wichtigen staatlichen Maßnahmen auf, um den Sektor zu retten. Aber in dem Brief war nichts über gewerkschaftliche Aktionen zu lesen, um diesen Vorschlägen Nachdruck zu verleihen. Die Autoren merkten lediglich an, daß „die Lage in den Kollektiven zu einer sozialen Explosion führen könne"[16]. Die „soziale Explosion" wird nun schon seit sechs Jahren regelmäßig vorhergesagt. Sie tritt nicht ein, und somit nimmt die Regierung die Drohung auch nicht mehr ernst.

Die politischen Anstrengungen der Gewerkschaft beschränken sich auf Lobbying und die Teilnahme an den halbjährlich stattfindenden nationalen Aktionstagen der Föderation. Niemand, weder die Organisatoren noch die Teilnehmer dieser Aktionstage, glauben wirklich daran, daß diese Demonstrationen eine spürbare Auswirkung auf die Regierungspolitik haben. (Trotzdem muß erwähnt werden, daß die letzte Demonstration am 27. März 1997 in St. Petersburg die größte war, die die Stadt seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion gesehen hatte. Während eines bitterkalten Schneesturms nahmen alleine dort geschätzte 150.000 Menschen teil.)

Obwohl es Jelzin gestattet wurde, bei der 1.-Mai-Veranstaltung der Föderation in Moskau zu sprechen, lehnt die nationale Gewerkschaft jedes Zusammengehen mit einer Partei ab und gab wie die Föderation auch keine Wahlempfehlung bei den Präsidentschaftswahlen von 1996 ab. Begründet wird diese Haltung damit, daß das Bekenntnis zu einer Partei oder einem Präsidentschaftskandidaten auf eine Spaltung der Gewerkschaft hinausliefe, da die Mitglieder unterschiedliche politische Ansichten haben. Die Meinung einiger lokaler Gewerkschaftsfunktionäre, die Gewerkschaft agiere gegenüber der Regierung zu nachsichtig und sei in der Opposition zu defensiv, stellt eindeutig einen Minderheitenstandpunkt innerhalb der Gewerkschaft dar[17].

Die „Sozialpartnerschaft" hat als Strategie, die Interessen der Arbeitenden zu verteidigen, offensichtlich versagt. Sogar dann, wenn Vereinbarungen abgeschlossen wurden (was 1996 lediglich in der Hälfte der Unternehmen der Fall war), werden wichtige Maßnahmen nicht exekutiert, insbesondere die Anpassung der Löhne und Fragen der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz[18]. In einigen Fällen wurde Klage bei Gericht eingebracht. Die meisten Gewerkschaften akzeptieren jedoch die Beteuerung des Managements, kein Geld zu haben. Das Modell der „Partnerschaft" gab der Gewerkschaft bei GAZ beispielsweise nicht die Möglichkeit, gleiche Löhne für gleiche Arbeit durchzusetzen oder erzwungene Mehrarbeit abzubauen (Einige Arbeiter arbeiten oftmals 12 Stunden pro Tag[19]).

Auf betrieblicher Ebene war „Partnerschaft" in seiner Dreiparteienvariante ebenfalls kein Erfolg. 1996 kam das Verhandlungskomitee der Gewerkschaft zu dem Schluß, daß die „Mehrheit der Unternehmer das Tarifabkommen eher als *Vorschlag* betrachtet".

Viele die Löhne und Beschäftigung betreffende Vorgaben wurden mißachtet. In zahlreichen Betrieben liegt der Mindestlohn

unter jenem, der in der Tarifvereinbarung festgeschrieben wurde. Auch Indexanpassungen finden nicht statt. Verspätete Lohnzahlungen bleiben auf der Tagesordnung, einige Betriebe zahlen ihren Arbeitern nur bis maximal 60 Prozent des ihnen zustehenden Lohnes. Weiters gab es Verletzungen der Bestimmungen über kurzzeitige Entlassungen und verkürzte Arbeitszeiten, der Regierungs-"partner" kam seinen vertraglich zugesicherten Verpflichtungen nicht nach[20].

Trotz dieser Negativbilanz beharrt die Gewerkschaft auf dieser Strategie. Es ist kein ernsthafter Anspruch festzustellen, die Interessen bzw. Machtverhältnisse zwischen den Gewerkschaften, dem Management und dem Staat zu analysieren. Managern und Arbeitern wird das gemeinsame Interesse unterstellt, die Produktion aufrechtzuerhalten. Für die Gewerkschaft besteht das Problem in der „falschen" staatlichen Politik, die nach „Korrekturen" verlangt. Diese Meinung wird allerdings nicht durch kontinuierliche Analysen der politischen Lage gestützt denn die Regierung betreibt seit 1992 dieselbe Politik, und zwar auf sehr konzise Weise, trotz ihrer angeblich „falschen" Ausrichtung.

Unter den herrschenden Umständen ist eine erfolgversprechende Strategie nicht leicht auszumachen. Aber die Gewerkschaft sucht nicht einmal nach Alternativen. Sie hofft beharrlich, ihre „Partner" mögen endlich realisieren, daß eine Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft auch in ihrem Interesse liege. „Moskau" wird dabei oft als Beispiel einer erfolgreichen „Sozialpartnerschaft" herangezogen: Die Stadtregierung, die regionale Gewerkschaftsföderation und die Unternehmerorganisationen unterzeichneten dort ein Drei-Parteien-Abkommen, das auch tatsächlich umgesetzt wurde. Trotz des dramatischen Verlustes an Industriearbeitsplätzen sind die Löhne und Sozialleistungen relativ gesehen höher als im Rest des Landes. Auch die Auszahlungen finden regelmäßig statt. Deshalb ist Bürgermeister Luschkov ein oft gesehener Gast und Redner bei Gewerkschaftstreffen (wo er kämpferischer auftritt als so mancher Gewerkschaftsfunktionär), und er wurde sogar zum ersten Honorarprofessor der Akademie für Arbeit und soziale Beziehungen der Föderation ernannt. Der Zeitung der Automobilarbeiter war diese Ehrung sogar eine Titelstory wert[21].

Während sich die Moskauer Föderation der Handelsgewerkschaften als mächtige und erfolgreiche Organisation fühlen kann, ist ihr „Erfolg" (die Arbeiter in Moskau sind weniger arm als die Arbeiter im Rest des Landes) doch den spezifischen Bedingungen geschuldet, die außerhalb des gewerkschaftlichen Einflußbereiches liegen und in anderen Regionen so nicht zutreffen. Bürgermeister Luschkov wirft sein Auge bereits auf die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000. Mit seiner populistischen Kritik an der Zentralregierung will er sich als eine Alternative zur gegenwärtigen Politik profilieren. Wenn die Lage in Moskau besser ist als anderswo, dann hauptsächlich deshalb, weil Moskau bei weitem die reichste Region des Landes ist. Es besitzt die höchste Konzentration an äußerst profitablen Unternehmen, in erster Linie im Finanzsektor, und reichen Leuten. Mit einem Anteil von nur sieben Prozent an der russischen Gesamtbevölkerung zieht Moskau dennoch die Hälfte aller ausländischen Direktinvestionen an sich[22].

Streiks sind selten, was angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Situation nicht weiter überrascht. Noch seltener sind Streiks, die von der Gewerkschaft angeführt werden und deren Forderungen mehr an das Management als an die Regierung gerichtet sind. Praktisch alle Streiks in Rußland drehen sich gegenwärtig um Lohnfragen. Ein eineinhalb monatiger Streik fand im März und April 1996 in der Tutaev-Motorenfabrik in Jaroslavl statt, wo die Löhne seit fünf Monaten nicht ausbezahlt wurden. Die Forderungen waren in erster Linie an die Regierung gerichtet, weil Firmenkunden die Motoren deshalb nicht bezahlen konnten, weil die Regierung ihnen das Geld für die bestellten und gelieferten Güter schuldig blieb. Einige Beobachter bezeichneten diese Art von Protest nicht ganz gerecht als „Unternehmer-Streik", weil der Streik vom Direktor unterstützt wurde, der damit gegen die Regierung lobbyierte. Der Streik wurde ausgesetzt, als das Verteidigungsministerium Teile seiner Schulden an das Unternehmen bezahlte. Dies ermöglichte es der Firma, die Hälfte der Lohnrückstände auszubezahlen[23].

Zur gleichen Zeit wurde „Promtraktor", ein Unternehmen in Tscheboksary, das Industrietraktoren herstellt, aus demselben Grund bestreikt. Die Forderungen waren ebenfalls mit maßgeblicher Unterstützung der Betriebsleitung an die Regierung gerichtet[24]. Im Februar 1996 fand wegen nicht bezahlter Löhne ein einstündiger Warnstreik bei ZIL statt. Diese Protestmaßnahme richtete sich gegen das Management, die Gewerkschaft verhielt sich jedoch zurückhaltend, weil das Unternehmen seit der Privatisierung von einem Finanzunternehmen (Mikordin) kontrolliert wird. Eine Versammlung, die dem Streik folgte, forderte eine Renationalisierung des Betriebs[25].

Einige Gewerkschaften, so zum Beispiel AZLK, ZIL und Uraltrac, gingen 1996 wegen ausständiger Lohnzahlungen vor Gericht. Diese Vorgangsweise ist weniger gängig, als man erwarten könnte, zumal Gerichtsverfahren oder deren Androhung doch Reaktionen seitens des Managements gezeigt haben. Aber die Firmenleitung vor Gericht zu bringen bedeutet, daß die Gewerkschaft den Erklärungen des Managements keinen Glauben schenkt oder nicht bereit ist, sich darum zu kümmern. Das läuft natürlich dem Modell der „Partnerschaft" zuwider und der Tradition der Gewerkschaften, für die wirtschaftliche Lage des Unternehmens „Verständnis zu zeigen" und die Verantwortung für die Situation mit dem Management zu teilen. Natürlich besteht die Gefahr, daß das Gericht das Unternehmen für bankrott erklärt. Aber die Entscheidung, ein Konkursverfahren einzuleiten ist letztlich eine politische und wurde nur in wenigen Fällen (allerdings in steigendem Ausmaß) Realität. Darüber hinaus ist in Rußland Bankrott nicht gleichbedeutend mit Schließung.

Die Gewerkschaftsführung geht davon aus, daß in den meisten Fällen das Management Opfer von Umständen ist, die nicht in ihrer Verantwortung liegen. Dies ist allerdings in Rußland Ansichtssache, weil die Regierung gerne die Inkompetenz und Korruptheit der Firmenleitungen anprangert, wenn Löhne nicht ausbezahlt werden – der Direktor mit dem Finger auf die Regierung zeigt, wenn ein Unternehmen in Schwierigkeiten kommt. Was immer auch im konkreten Fall zutrifft, die Topmanager beziehen sogar bei Versagen weiterhin hohe Gehälter, die sie in private Unternehmungen stecken, während die Arbeiter von ihren Löhnen nichts zu sehen kriegen. In den großen Städten können Firmen oft u... leicht mehr Geld mit Finanzspekulationen machen als durch Produktionserträge möglich sind. Trotzdem beharrt die Gewerkschaft auf ihrer Sichtweise, daß Arbeiter und das Management grundsätzlich ein gemeinsames Interesse teilen, nämlich die Firma zu retten und das „Kollektiv" intakt zu halten. Auf keiner Ebene gibt es einen maßgeblichen Druck, das Management von einer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft auszuschließen.

Neben den Streiks und dem Gerichtsweg ist während der vergangenen zwei Jah-

re wachsender ziviler Ungehorsam seitens der Arbeiter festzustellen. So brach im Oktober 1995 in der LKW-Fabrik Brjansk ein spontaner Streik aus, wiederum wegen ausständiger Lohnzahlungen. Die Streikenden blockierten eine Hauptzufahrtsstrecke, bei der zwei Arbeiter von Motorradfahrern verletzt wurden. Einer starb. Dies brachte die Stadtverwaltung auf den Plan, mit Vertretern der Streikbewegung und dem regionalen Gewerkschaftskomitee Verhandlungen zu beginnen. (Die Betriebsgewerkschaft kam in keinem der Berichte vor.) Die Arbeiter hielten die Blockade der Autobahn bis zum Abschluß der Verhandlungen aufrecht. Der Streik wurde beendet, als die Stadt dem Unternehmen einen Kredit zusagte, mit dem zwei Monatsgehälter (von fünf ausstehenden) bezahlt werden sollten[26].

Im Automobilsektor ist ziviler Ungehorsam selten, obwohl damit – zwar partiell und temporär – Ergebnisse erzielt werden können und bislang keine ernsten Repressionsmaßnahmen angewandt wurden (was allerdings noch kommen kann). Diese Aktionsformen finden isoliert statt und werden abgebrochen, wenn der jeweiligen Einzelforderung (auch nur teilweise) entsprochen wird. Oftmals wird von den Demonstrierenden der Rücktritt der Regierung und des Präsidenten gefordert. Diese politischen Forderungen sind aber schnell vergessen, wenn ein Zugeständnis erfolgt, die Löhne auszubezahlen. Die staatliche Politik der selektiven Zugeständnisse an jene, die am lautesten schreien, kann als erfolgreich bezeichnet werden. Sogar einzelne Zweigstellen von Unternehmen setzen ihre Protestmaßnahmen aus, wenn Gelder fließen, auch wenn der Rest der Belegschaft nichts davon sieht.

Diese zunehmende Bereitschaft der Arbeiter, zivilen Ungehorsam zu üben (in privaten Gesprächen reden Arbeiter davon, sich Maschinengewehre anzuschaffen) und die wachsende Beteiligung an nationalen Aktionstagen zeigen, daß ein Mobilisierungspotential vorhanden ist. Aber wie gesagt, die Mehrzahl der Gewerkschaftsführer zeigt wenig Interesse, dieses Potential zu fördern.

Die Orientierung auf „Sozialpartnerschaft" und die wirtschaftliche Krise haben auch zur Folge, daß Schulungsmaßnahmen keine Priorität genießen trotz der Aufrufe der nationalen Leitung, der es an Eigenmitteln fehlt und der es nicht gelungen ist, die lokalen Gewerkschaften von deren Notwendigkeit zu überzeugen. Einladungen und Aufrufe, Leute zu Kursen (organisiert vom Moskauer Gewerkschaftskomitee oder der Schule für Arbeiterdemokratie) zu entsenden, bleiben oftmals unbeantwortet. Die meisten Betriebsgewerkschaften halten wöchentlich ein „Seminar" – einen Informationsaustausch mit dem Vorsitzenden – ab. Aber nur wenige lokale Gewerkschaften bieten Bildungsmaßnahmen für Funktionäre der unteren Ebene oder für Mitglieder und Aktivisten an. Die Autofabrik VAZ, die ein eigenes Bildungs- und Informationszentrum aufgebaut hat, bildet eine wichtige Ausnahme. Das Betriebskomitee der Motorenfabrik Zavolschskii organisiert Treffen von Aktivisten zu Fragen der Gesundheit, Sicherheit und anderen Themen[27]. Diese Treffen sind jedoch mehrheitlich praktische Kurse, die eine Diskussion über soziale und politische Anliegen und Strategien nicht zum Inhalt haben.

Wie oben erwähnt, hat es die weitgehende Dezentralisierung nach 1990 den Mitgliedern und Aktivisten nicht ermöglicht, im Gewerkschaftsleben eine wichtigere Rolle zu spielen. Demokratisierung auf Betriebsebene hat keine Priorität. Betriebsgewerkschaften funktionieren in der Praxis ziemlich autoritär. Wichtige Entscheidungen über eine Änderung der Arbeitszeiten oder Entlassungen (beides verlangt laut Gesetz die Zustimmung der Gewerkschaft) werden oftmals vom Betriebskomitee oder dem Vorsitzenden entschieden, ohne die Mitglieder zu befragen. Bei VAZ scheint der Präsident möglicherweise aufgrund der Konkurrenz seitens der kleinen, aber dynamischen alternativen Gewerkschaft wirklich daran interessiert zu sein, seine Belegschaftsvertreter einzubeziehen[28]. Trotzdem werden weiterhin wichtige Entscheidungen ohne die Mitglieder getroffen, und er beeinspruchte den Vorschlag, regelmäßige Sitzungen der Belegschaftsvertreter einzuführen, wahrscheinlich weil er dadurch eine Beschneidung seiner Macht fürchtete.

Die „alternativen" Gewerkschaften

Die Autofabriken bilden im Maschinenbausektor eine Ausnahme. In verschiedenen Unternehmen (VAZ, KamAZ, ZIL, Moskvich und einigen anderen) formierte sich in den frühen 90er Jahren eine zweite Gewerkschaft. Ihre Mitgliederzahl ist klein, ihr Einfluß ist jedoch größer als ihre zahlenmäßige Stärke nahelegt. Die größte und am besten organisierte der „alternativen" Gewerkschaften ist Edinstvo („Einheit") bei VAZ, die über 2.400 Mitglieder zählt.

Diese Gewerkschaften sehen die Interessen der Arbeiter und des Managements als grundsätzlich entgegengesetzt. Sie weisen folglich jeden Korporatismus zurück, und sie bringen dem Management, das sie von einer Mitgliedschaft ausgeschlossen haben, viel weniger Vertrauen entgegen. Sie sind viel weniger bereit, an die vom Management ins Treffen geführten „schwierigen objektiven Umstände" Konzessionen zu machen. Anders als die „traditionellen" Gewerkschaften, die üblicherweise von der Betriebsleitung toleriert und anerkannt werden, sind die alternativen Gewerkschaften verschiedenen Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt, manchmal mit passiver Duldung oder aktiver Unterstützung seitens der „traditionellen" Gewerkschaften.

Die Haltung der „alternativen" Gewerkschaften zur Arbeiter-Management-Beziehung fußt nicht, wie man vielleicht annehmen könnte, auf einer konsistenten Klassenanalyse der Gesellschaft und einer ideologischen Position, die die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse postuliert. Paradoxerweise ist sie vielmehr mit einer liberalen Ideologie verbunden, die von den meisten Gewerkschaftsfunktionären und nicht notwendigerweise von der Basis getragen wird. Die Arbeiter sind einfach gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und sollen keinerlei Ambitionen dafür zeigen, wie und ob das Unternehmen läuft. Das ist die alleinige Verantwortung des Managements. Alle wirtschaftlichen Probleme des Unternehmens sind Sache des Managements und die Arbeiter haben das Recht, ihre Löhne einzufordern.

Die politischen Ansichten unter den Mitgliedern sind unterschiedlich, trotz einer kritischen Haltung gegenüber der „Reformpolitik" endet ihre Kritik aber üblicherweise bei der Person Jelzin. Diese Gewerkschaften verweigern es üblicherweise, an politischen Aktionen teilzunehmen, die von den „traditionellen" Gewerkschaften organisiert werden: Denn in einer privatisierten Wirtschaft ist der Adressat für Forderungen die Betriebsleitung.

Sotsprof, die Föderation, mit der einige dieser Gewerkschaften im Autosektor lose verbunden sind, agierte als Draht für illegale Wahlspenden bei der Wiederwahlkampagne Jelzins. Der Führer von Edinstvo (zweimal Opfer von Mordanschlägen) vertritt eine Art neo-menschewistischer Ideologie:

Die Arbeiterklasse ist noch nicht reif für die Macht und ist deshalb auch nicht reif für den Sozialismus; was also derzeit in Rußland passiert, ist unvermeidlich und zwangsläufig. Andererseits ist er der Meinung, daß die Regierung „normale" Gewerkschaften unterstützen wird (auch jene, die unabhängig vom Management sind), weil sie einen Verbündeten darstellen, um das Management zu mehr Effizienz zu zwingen. Während einer Reise nach Deutschland produzierte er kürzlich einen Miniskandal als er sagte, daß Rußland eine (gute) Diktatur brauche, um die Dinge in Ordnung zu bringen – eine Ansicht, die vielleicht sogar von vielen Arbeitern geteilt wird.

In der Praxis unterscheidet sich die politische Position der „traditionellen" Gewerkschaften nicht allzu sehr von den „alternativen". Während die ersteren beständig und ineffizient Lobbyarbeit für ihren Sektor oder ihr Unternehmen bei der Regierung betreiben, richten die „alternativen" Gewerkschaften ihre Forderungen beinahe ausschließlich an die Betriebsleitung. Natürlich bilden Entlassungen und Betriebsschließungen für die „alternativen" Gewerkschaften genauso eine Bedrohung. Trotzdem sind sie viel weniger zu Zugeständnissen bereit.

Ein Beispiel für diese Haltung ist die Unterstützung der „alternativen" Gewerkschaft bei Moskvich für die Forderung der Bundesverwaltung, Abteilung Insolvenzen, die Firma für bankrott zu erklären. Die Gewerkschaft argumentierte, daß diese Maßnahme den unfähigen und korrupten Direktor beseitigen würde (das Gericht würde einen interemistischen Betriebsleiter bestellen, um die Unternehmensangelegenheiten in Ordnung zu bringen). Eine Gesundung des Unternehmens würde so erst möglich, und die Firma würde einen staatlichen Auftrag für Autos erhalten. Die Gewerkschaft stellte außerdem die Bedingung auf, daß vor dem Kauf des Unternehmens durch die Moskauer Regierung die Arbeiter ihre Lohnrückstände erhalten sollten. Die „traditionelle" Gewerkschaft war in dieser Frage eindeutig auf Seiten des Managements. Ohne Zweifel ist die Verwaltung von Moskvich in hohem Maße korrupt und benötigt dringend eine gründliche Restrukturierung, trotzdem ist nicht klar, was ein Bankrott für die Arbeiter bedeuteten würde.

Was immer für oder wider die beiden Gewerkschaften ins Treffen geführt werden kann, die Konkurrenz zwischen ihnen ist gegenwärtig positiv. Die „alternativen" Gewerkschaften sind ein Stachel und Ansporn für progressive Reformen innerhalb der „traditionellen" und helfen, den Druck auf das Management aufrechtzuerhalten, der ohne sie fehlen würde. Wären die „traditionellen" Gewerkschaften nicht ständig gezwungen, auf die Argumente der „alternativen" Antworten zu finden, hätten nur wenige Arbeiter bei Moskvich eine Ahnung von den Aktivitäten und Positionen der „traditionellen" Gewerkschaft.

Während den meisten der „alternativen" Gewerkschaften nur eine relativ kurzlebige Existenz beschieden ist, kann Edinstvo bei VAZ als wachsende und stabile Organisation bezeichnet werden. Edinstvo funktioniert tatsächlich demokratisch (die Gewerkschaft beschäftigt keine Vollzeitfunktionäre) und hat ein ehrliches Interesse daran, die Mitglieder zu aktivieren und zu schulen. Natürlich war Edinstvo, anders als die „traditionelle" Gewerkschaft, die jede Unterstützung verweigerte, solidarisch mit dem eineinhalb monatigen Streik in Togliatti 1996. Und Solidarität ist selten in Rußland.

Die „alternativen" Autogewerkschaften neigten in der Vergangenheit in viel höherem Ausmaß zu Streiks. Als sich aber die wirtschaftliche Krise vertiefte und das Management begann, eine härtere Linie einzuschlagen (einige Dutzend Arbeiter wurden entlassen und später per Gerichtsbeschluß wiedereingestellt), änderten sie ihre Taktik: Der Gang zu Gericht wurde zur stärksten Waffe, um Druck auszuüben.

Aus dem Englischen von Karin Fischer.

Die vollständige Studie wurde unter dem Titel „Unions in Russia, Ukraine and Belarus: A Case Study" in Labour Focus on Eastern Europe, Ausgabe 58, publiziert. Der zweite Teil der Studie, in dem Mandel die Funktionsweise und die Politik der Automobilarbeitergewerkschaften Weißrußlands und der Ukraine analysiert, wurde in der Ausgabe 4/97 der Ost-West-Gegeninformationen veröffentlicht.

Labour Focus on Eastern Europe kann unter der Adresse 30 Bridge Street, Oxford, OX2 OBA, England, Tel: (44 1865) 723 207, E-mail: labfocus@gn.apc.org bestellt werden. Das Jahresabonnement umfaßt drei Ausgaben und kostet 12 Pfund.

1 Ekonomitscheskii fakultet MGU, Ekonomitscheskii almanach, vyp. I, TEIS, Moskau, 1997, S. 6ff und S. 20ff; Goskomstat Rossii, Informatsija o socialno-ekonomitscheskom poloschenii Rossii, Mai 1977, Moskau 1977, S. 7; Goskomstat Rossii, Rossijskii statistitscheskii eschegodnik 1996, Moskau, Logos 1996, S. 446.

2 Statistitscheskii eschegodnik, S. 446, 524, 526; Ekonomitscheskii almanach, S. 23, Informacija, S. 15-16.

3 Statistitscheskii eschegodnik, S. 1072.

4 New Europe, 3.-9. August 1997, S. 17. Die Gefahr eines Konkurses wurde von der Gewerkschaft dermaßen ernst eingeschätzt, daß sie an die „Schule für Arbeiterdemokratie" mit der Bitte herantrat, ein Seminar über die Auswirkungen eines Konkurses und gewerkschaftliche Gegenstrategien durchzuführen.

5 Persönliche Gespräche mit den Präsidenten der beiden Gewerkschaften, und Izvestija, 3. Februar 1996.

6 Statistitscheskii eschegodnik, S. 905.

7 Eine Studie von Guy Standing, herausgegeben vom Open Media Research Institute, 12. März 1997, Informatsija S. 58; Ekonomitscheskii almanach, S. 27-28; Statistitscheskii eschegodnik, S. 105.

8 Ekonomitscheskii almanach, S. 30.

9 Ekonomitscheskii almanach, S. 30.

10 Informatsija, S. 52.

11 Statistitscheskii eschegodnik, S. 122-123; Informatsija, S. 63, Solidarnost, Nr. 8, 1997.

12 Golos profsojuza, Mai 1997.

13 Golos profsojuza, März und April 1996.

14 Ich weiß jedoch nicht, was dort beschlossen wurde.

15 Golos profsojuza, Juli-August 1996.

16 Golos profsojuza, September 1996.

17 Siehe das Interview mit dem Führer des Regionalkomitees von Tschuwaschien, in Golos profsojuza, Juli-August 1996.

18 Ebenda.

19 Golos, März 1996.

20 Golos, Juli-August 1996.

21 Golos, September 1996.

22 Bank Austria, East-West-Report, Jänner 1997.

23 Golos, Mai und April 1996.

24 Izvestija, 3. Februar 1996

25 Izvestija, 8. Februar 1996, Golos, April 1996

26 Trud, Nov. 1, 1996; Solidarnost, Nr. 22, 1995.

27 Golos, Mai 1996.

28 Golos, Juli-August 1996.